



Nidwalden will auch Ständemehr

Der Kanton reicht eine Standesinitiative ein, dass beim EU-Rahmenabkommen das Ständemehr zählen muss.

Philipp Unterschütz

Der Bundesrat ist der Meinung, bei der Abstimmung über das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union (EU) müsse das Ständemehr nicht zur Anwendung kommen. Ein Volksmehr genüge. Diese Meinung teilt in Nidwalden weder die Regierung, noch die Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS) oder die Mehrheit des Parlaments. So beschloss der Landrat mit 42 Ja gegen 15 Nein am Mittwoch, dass der Kanton Nidwalden eine Standesinitiative bei der Bundesversammlung einreicht. Diese verlangt die Unterstellung eines Rahmenabkommens mit der EU «unter das obligatorische

Staatsvertragsreferendum *suis generis*». Oder mit anderen Worten: Wenn dereinst darüber abgestimmt wird, zählen nicht nur die Stimmen des Volkes, sondern auch die der Kantone in Form des Ständemehrs.

Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser betonte zuerst, es gehe um eine staatspolitische Entscheidung und nicht um die EU. Die Regierung sei der Meinung, dass ein derart weitreichendes institutionelles Abkommen die demokratische Zustimmung von Volk und Ständen brauche. «Auch wenn die Schweiz die Übernahme von EU-Recht gemäss innerstaatlichen Verfahren ablehnen könnte, stünde sie unter dem Druck drohender Ausgleichsmassnahmen,

was die freie Willensbildung im Parlament und allenfalls auch im Volk beeinträchtige», hielt sie fest. Die Regierung hätte es begrüsst, wenn sich der Bundesrat für die Unterstellung unter das obligatorische Staatsvertragsreferendum entschieden hätte.

Auch Beatrice Richard-Ruf (FDP, Stans) als Sprecherin der Kommission SJS stimmte der Regierung zu. Die Mehrheit der SJS unterstützt die Einreichung der Standesinitiative. Sie sei der Ansicht, dass das Rahmenabkommen alle Bereiche der Schweiz betreffe und daher eine breit angelegte Debatte verdiene. Die ursprünglich gewünschte Stabilität sei nicht mehr im erforderlichen Mass vorhanden. «Die Mehrheit erachtet die

Standesinitiative als klares Signal auf nationaler Ebene, das auch von Nidwalden entsprechend unterstützt werden soll.»

Nicht alle unterstützen Standesinitiative

FDP, SVP und Mitte unterstützen die Einreichung der Standesinitiative. Das Ständemehr schütze die föderale Struktur und stelle sicher, dass nicht nur die bevölkerungsreichen Kantone über solch tiefgreifende Weichenstellungen allein entscheiden könnten, hiess es etwa. Die historische und rechtliche Logik verlange es, dass einem Vertrag dieser Tragweite Volk und Stände gemeinsam zustimmen müssten. Nur so bleibe der demokratische Charakter der

Schweiz und die Balance zwischen den Kantonen erhalten. GLP und die Grünen/SP lehnten die Standesinitiative ab. Man stimme dem Bundesrat zu und sei ebenfalls der Meinung, es brauche bei dieser Vorlage nicht zwingend ein Ständemehr. Die Schweiz sei ohnehin der EU-Gesetzgebung ausgeliefert und die Rechtsübernahme sei schon fast selbstverständlich, sagte etwa Thomas Wallimann (Grüne, Ennetmoos).

Die Einreichung der Standesinitiative ging zurück auf eine Motion, die Armin Odermatt (SVP, Oberdorf) im Februar 2025 eingereicht hatte und die vom Landrat im November 2025 mit Zustimmung der Regierung gutgeheissen wurde.